

Aus dem Plenum

Das parlamentarische Jahr 2011 begann am 19. Januar mit einer außerplanmäßigen Plenarsitzung. Sie diente der Abarbeitung jener Tagesordnungspunkte, die aufgrund der intensiven Beratung des Landeshaushalts 2011 in den zurückliegenden Sitzungen nicht behandelt werden konnten. Debattiert wurden u. a. der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ‚Flächenverbrauch effektiv reduzieren‘ und der Antrag der Fraktion der FDP ‚Organspende in Thüringen fördern‘. Insgesamt

konnten die Abgeordneten 14 Anträge abarbeiten. Das reguläre Plenum fand in der darauf folgenden Woche vom 26. bis 28. Januar statt. Gegenstand der Parlamentsdebatten waren zahlreiche Gesetzentwürfe und Anträge. Intensiv debattiert wurde über die Regierungserklärung der Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit, Heike Taubert (SPD), die am zweiten Plenartag das ‚Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit‘ vorstellte. Das Landesprogramm

soll die Auseinandersetzung der Zivilgesellschaft mit politischem Extremismus unterstützen. Darüber hinaus behandelte das Plenum in erster Beratung den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Ministergesetzes, der die Ruhegehälter der Regierungsmitglieder neu regeln soll. Einstimmig überwies die Abgeordneten den Gesetzentwurf in den Justizausschuss. Ebenfalls in erster Lesung befasste sich der Landtag mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des

Thüringer Finanzausgleichsgesetzes der Fraktion DIE LINKE. Diese Gesetzesinitiative sieht die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel des Landes für den Winterdienst der Städte und Gemeinden vor. Die CDU-Fraktion thematisierte die Konsequenzen des extremen Winterwetters für den Zugverkehr in Thüringen in einer Aktuellen Stunde. Eine vollständige Übersicht aller Themen ist in der Parlamentsdokumentation unter www.thueringer-landtag.de zu finden.

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am Erinnerungsort „Topf & Söhne“

Diezel: „Authentischer Ort, der historische Wahrheit verbürgt“



Landtagspräsidentin Birgit Diezel, Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, Staatsminister Bernd Neumann und Erfurter Oberbürgermeister Andreas Bausewein (v.l.n.r.) bei der Kranzniederlegung am Erinnerungsort „Topf & Söhne“

Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus gedachten der Thüringer Landtag, die Thüringer Landesregierung und weitere Vertreter des öffentlichen Lebens am 27. Januar 2011 all jener Menschen, die der Ideologie des NS-Regimes zum Opfer gefallen sind. Stätte des Gedenkens war der an diesem Tag eröffnete Erinnerungsort „Topf & Söhne – Die Ofenbauer von Auschwitz“. Auf dem einstigen Firmengelände in Erfurt hielt der ehemalige Häftling Floréal Barrier die Gedenkrede. Barrier wurde 1943 als französischer Widerstandskämpfer fest-

genommen und im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert, wo er zur Widerstandsorganisation der Häftlinge gehörte. Bei der Gedenkveranstaltung sprach auch Staatsminister Bernd Neumann, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien. Im Vorfeld der Veranstaltung fanden Kranzniederlegungen in der Gedenkstätte Buchenwald und auf dem Gelände des Erinnerungsortes statt. Im Auftrag der SS hatte das Unternehmen Topf & Söhne Verbrennungsöfen für Krematorien verschiedener Konzentrationslager ent-

wickelt und installiert, darunter auch in Auschwitz. In ihrer Ansprache erinnerte Landtagspräsidentin Birgit Diezel an die Beteiligung der deutschen Industrie am Holocaust: „Der Erinnerungsort macht auf beklemmende Weise deutlich, wie tief scheinbar ganz normale Deutsche in die Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt waren. Dieses Areal ist ein weiteres wichtiges Element unserer Erinnerungslandschaft, einer jener authentischen Orte, die historische Wahrheit verbürgen und

Aufklärungsarbeit von bleibender Bedeutung leisten, damit die Opfer des Völkermordes unvergessen bleiben!“

Bereits am 26. Januar leistete der Thüringer Landtag mit Zeitzeugengesprächen und der Eröffnung der Ausstellung „Die andere Seite der Welt. Von Angesicht zu Angesicht - Begegnungen“ der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz einen Beitrag, um die Erinnerung an die Opfer wach zu halten (siehe Seite 2).



Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus besuchte der Marschall der polnischen Wojwodschaft Malopolska, Marek Sowa, den Freistaat Thüringen. In seiner Rede vor dem Thüringer Landtag am 26. Januar betonte der Marschall die Bedeutung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Thüringen und Malopolska für die europäische Integration. Anschließend trug er sich in das Ehrenbuch des Landtags ein.

Kurz gemeldet

Am 21. Dezember 2010 übergab Landtagspräsidentin Diezel dem Kinderheim „Walter Riedel“ in Greiz eine Spende in Höhe von 1.000 Euro. Das Geld wird zur Beschaffung neuer Möbel für die Kinder- und Jugendzimmer eingesetzt. +++ Am 11. Januar empfing Frau Diezel Sternsinger der Pfarrei St. Cyriakus aus Geisa. Die Kinder überbrachten dem Landtag ihren Segen und sammelten Spenden für die Aktion „Kinder zeigen Stärke“. +++ Bei einer Festveranstaltung am 15. Januar in Weißensee würdigte Birgit Diezel die erste Thüringer Landesordnung von 1446. +++ Der Botschafter der Niederlande, S.E. Marnix Krop, stattete Landtagspräsidentin Diezel am 25. Januar seinen Antrittsbesuch ab. Im Fokus des Gesprächs standen die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Thüringen und den Niederlanden.

Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz

Besuch der Grünen Woche in Berlin

Im Januar besuchte der Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz gemeinsam mit Landtagspräsidentin Birgit Diezel die Internationale Grüne Woche in Berlin. Ein Rundgang führte die Abgeordneten am

sondern auch die Thüringer Mittelanmeldung zum Bundesländer-Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur“ 2011 bis 2014 thematisiert.

Frau Diezel betonte die Bedeutung der Grünen Woche für



Landtagspräsidentin Birgit Diezel (3.v.l.), Landwirtschaftsminister Jürgen Reinholz (2.v.l.) und die Mitglieder des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz mit dem Vorsitzenden Tilo Kummer trafen auf der Grünen Woche die Thüringer Milchkönigin und den Watzdorfer Bierkönig.

21. Januar vor allem zu den Ständen der Thüringer Aussteller. In zahlreichen Gesprächen warben sie für den Freistaat und berieten aktuelle agrarpolitische Fragen. Im Rahmen einer auswärtigen Ausschusssitzung wurden nicht nur die Dioxinfunde in Futtermitteln,

den Freistaat: „Die weltgrößte Agrarmesse bietet gerade einer ländlich geprägten Region wie Thüringen hervorragende Chancen, einem internationalen Publikum Attraktivität und Leistungsfähigkeit unserer Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft zu demonstrieren.“

Neue Informationsbroschüre liegt vor

Pünktlich zum Jahresbeginn hat der Thüringer Landtag eine neue Informationsbroschüre herausgegeben.

Auf rund 50 Seiten lernen die Leser das Landesparlament in seinen wichtigsten Facetten kennen. Zu Beginn werden die Grundprinzipien und die Geschichte der Demokratie in Thüringen vorgestellt. In einem weiteren Kapitel geht es um Aufgaben und Arbeitsweise des Landtags – Plenum, Ausschüsse und Gesetzgebungsverfahren werden erläutert. Zudem bietet die Broschüre einen Überblick über Wahlen und Formen der direkten Demokratie als Möglichkeiten der politischen Beteiligung.



Die Broschüre kann bei der Pressestelle des Landtags angefordert werden:

Thüringer Landtag
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Tel.: 0361 – 37 72006, Fax: 0361 – 37 72004,
Mail: pressestelle@landtag.thueringen.de

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus: Ausstellungseröffnung und Zeitzeugengespräche im Landtag

„Auschwitz verändert ...“, so ein Eintrag im Gästebuch der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz. Für rund 160 Thüringer Schüler war der 26. Januar ein Tag, der ebenfalls veränderte. Ein Tag, der Geschichte greifbar machte. An diesem Tag hatte das Thüringer Landesparlament anlässlich des nationalen Holocaust-Gedenktags eingeladen, um mit Zeitzeugengesprächen und einer Ausstellungseröffnung der Opfer

können sie den Mut schöpfen, Unmenschlichkeit nicht hinzunehmen, sondern sich ihr aktiv entgegenzustellen.“

Die Gefühle und Gedanken, die bei solchen Begegnungen entstehen, dokumentiert die Ausstellung „Die andere Seite der



Albert van Hoey berichtete den Jugendlichen von seinem Überlebenskampf in den Konzentrationslagern Buchenwald und Blankenburg.

denken. Aufmerksam und betroffen folgten die Jugendlichen den eindringlichen Erzählungen der ehemaligen

Welt. Von Angesicht zu Angesicht – Begegnungen“ der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz (IJBS).



Leszek Szuster (Leiter IJBS), Landtagspräsidentin Birgit Diezel, Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht sowie der Marschall von Malpolska, Marek Sowa (v.l.n.r.) bei der Ausstellungseröffnung.

Gemeinsam mit Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, dem Marschall von Malpolska, Marek Sowa, und dem Leiter der IJBS, Leszek Szuster, eröffnete Landtagspräsidentin Birgit Diezel am 26. Januar diese Ausstellung im Foyer des Landtagsgebäudes. Sie dokumentiert die Generationentreffen, Begegnungen

KZ-Häftlinge von Buchenwald und Mittelbau-Dora. Detailliert schilderten die Überlebenden ihr Leben im Konzentrationslager, erzählten von ihren ermordeten Familien und Freunden. Bewegt von den Schilderungen zeigte sich auch Landtagspräsidentin Diezel: „Zeitzeugengespräche vermitteln Geschichte auf besonders eindrucksvolle Weise. Durch Gespräche mit den Überlebenden erfahren junge Menschen die historische Wahrheit. Aus

nungen zwischen Zeitzeugen und Jugendlichen in Auschwitz. Die Ausstellung, die bereits in Brüssel, Berlin, Bonn, Krakau und Warschau gezeigt wurde, ist bis zum 4. März im Landtag zu sehen.



Landtagspräsidentin Diezel erinnerte in ihrer Ansprache an die Opfer des Nationalsozialismus.



Klausurtagung im Kloster Volkenroda: Mitte Januar kam die CDU-Landtagsfraktion zu ihrer Winterklausur zusammen. Auf der Tagesordnung standen die politischen Vorhaben für das Jahr 2011. Zudem diskutierten die Abgeordneten mit dem Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Dominik Enste, dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Franz Walter und mit Sachsens CDU-Fraktionsvorsitzendem Steffen Flath über politische Grundsatzfragen.

Quoten verstoßen gegen Grundsätze

Der CDU-Gleichstellungspolitiker Henry Worm hat der LINKE ein zweifelhaftes Demokratieverständnis vorgeworfen. Falls die LINKE tatsächlich anstrebe, Quoten im Wahlrecht festzuschreiben, verlässt sie nach seiner Überzeugung den Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. „Wenn die LINKE heute offensichtlich meint, es gehöre zur Aufgabe der Regierung, um der Geschlechtergerechtigkeit willen das Aufstellungs- und Wählerverhalten zu beeinflussen, dann wird sie morgen weitere hehre Ziele finden. So kann man Demokratien auch zugrunde richten“, sagte Worm. Zur Gleichstellungspolitiker unterstrich, „dass selbstverständlich jedes legale und legitime Mittel willkommen ist, die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern, dieses ist jedoch gänzlich ungeeignet“. Die von den LINKEN angelegten Quoten für Kandidatenlisten oder nach Geschlechtern getrennte Bewerberlisten verstoßen laut Worm gegen elementare Wahlrechtsgrundsätze.

CDU wird 2011 vorrangig eigene Vorhaben umsetzen

Vom Neuverschuldungsverbot bis zur Neustrukturierung des KFA

Mit 75 konkreten Arbeitsvorhaben für das Jahr 2011 will die CDU-Fraktion der schwarz-roten Landesregierung wieder stärker ihren Stempel aufdrücken. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring (im Bild) sagte nach der Winterklausur der Fraktion im Kloster Volkenroda: „Jetzt kommen die Monate der CDU.“

Neben der Aufnahme eines Neuverschuldungsverbots in die Thüringer Verfassung will die Fraktion im laufenden Jahr u.a. auch die Verwaltungsgemeinschaften straffen, den kommunalen Finanzausgleich



(KFA) neu strukturieren und die Kommunalordnung reformieren. Zudem soll im Haus-

haltsgesetz 2012 die Ausbringung von mindestens weiteren 6.000 kw-Vermerken festgeschrieben werden. Außerdem will sich die Fraktion bei der Bundesregierung für einen Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche stark machen. Alle 75 beschlossenen Punkte seien mit den Vorstellungen des Koalitionspartners kompatibel, sagte Mohring.

Surftipp: Die wichtigsten Vorhaben 2011 sind auf den Internetseiten der CDU-Fraktion unter www.cdu-landtag.de zusammengestellt.

Attraktivität der grünen Berufe deutlich steigern

Die Attraktivität der grünen Berufe muss deutlich gesteigert werden. Das hat der CDU-Agrarpolitiker Egon Primas (im Bild l. auf der „Grünen Woche“ in Berlin) in Erfurt gefordert. Primas



sieht sich zu diesem Appell veranlasst, weil in zwei Dritteln der landwirtschaftlichen Einzelunternehmen die Hofnachfolge ungeklärt ist. Das hat die kürzlich vorgestellte Landwirtschaftszählung 2010 ergeben. Der Landtagsabgeordnete

sprach sich für die Sanierung der Fachschule für Agrarwirtschaft und Hauswirtschaft in Stadroda aus. „Die Ausbildungsbedingungen müssen stimmen, wenn wir junge Leute für grüne Berufe begeistern wollen“, sagte Primas. Sorgen bereitet ihm, dass die Berufsausbildung mit Abitur für junge Landwirte an der überbetrieblichen Ausbildungsstätte in Schwerstedt wegen zu geringer Nachfrage nicht fortgesetzt werden kann. Nach den Worten des Agrarexperten „macht der demographische Wandel auch vor den Höfen nicht halt“. Deshalb müsse mehr für die grünen Berufe getan werden. Die Landwirtschaftsbetriebe brauchten gute Fachkräfte aller Qualifizierungsstufen.

Sabine Kremer präsentiert Kunststücke auf Papier und Leinwand



Werke der Künstlerin Sabine Kremer sind derzeit auf den Fluren (1. und 2. OG des Abgeordnetengebäudes) der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag ausgestellt. Es werden Arbeiten auf Papier und Leinwand sowie Schmuck unter dem Titel „Kunststücke“ gezeigt. Auf Initiative der CDU-Landtagsabgeordneten Gudrun Holbe ist die Ausstellung der Kyffhäuser Künstlerin im Landtag zu sehen. Die Ausstellung ist bis Ende April zu besichtigen.

Fachkräfte müssen auch ordentlich bezahlt werden

NACHGEFRAGT bei Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE



Warum sieht die LINKE die Thüringer Arbeitsmarktlage immer noch so kritisch?

Wir sagen, ein Jobwunder in Thüringen gibt es so nicht. Zwar entstanden neue Arbeitsplätze, aber man muss genau hinsehen, um welche es sich hier hauptsächlich handelt. Knapp die Hälfte sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse: Leiharbeit, Mini- und Midijobs, geringfügige Beschäftigung, Aufstocker, die gar nicht aus Hartz IV rauskommen, viele befristete Arbeitsverträge.

Andererseits wächst der Fachkräftebedarf – auch ein Thema für die Linksfraktion?

Auf jeden Fall. Wir hatten dazu kürzlich ein Expertengespräch und wollen mit dem Thema auch in den Landtag. So fordern wir ein Konzept zur Sicherung von Fachkräften im Gesundheits- und Sozialbereich, einschließlich Aus- und Weiterbildungmaßnahmen.

Welche Auswirkungen hat prekäre Beschäftigung auf die Fachkräftesicherung?

Die Wirtschaft muss dringend umsteuern. Wer gute Fachkräfte haben will, muss diese gewinnen, halten und ordentlich bezahlen. Die Zeiten sind vorbei, wo es reichte, die Hand aufzuhalten und sich Fachkräfte auf dem silbernen Tablett servieren zu lassen. Natürlich muss prekäre Beschäftigung eingedämmt werden. Dazu gehören ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, tarifliche Entlohnung und gestärkte Arbeitnehmerrechte.

**Sich mutig dem braunen Ungeist in den Weg stellen
Aufruf zu friedlichem Protest und öffentliche Plakatierung vor dem Landtag**

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag unterstützt den phantasievollen, friedlichen und kreativen Protest gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden am 19. Februar. Bodo Ramelow, Knut Korschewsky und Birgit Klaubert – im Foto zusammen mit Anja Siegesmund (Grüne) und Matthias Machnig (SPD) – bei einer dazu stattgefundenen Plakataktion am 18. Januar in der Johann-Sebastian-Bach-Straße vor dem Thüringer Landtag. LINKE, GRÜNE, SPD, DGB und andere hatten gemeinsam dazu aufgerufen, an den Protesten in Dresden teilzunehmen, den Rechtsextremen nicht die Straßen zu überlassen und darüber hinaus deutlich zu machen, dass menschenverachtende Ideologien auf konsequente Widerstand engagierter Bürgerinnen und Bürger treffen. „Es ist eine Aufforderung an

alle widerständigen Demokraten, sich mutig dem braunen Ungeist in den Weg zu stellen.

samen Eintretens gegen Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus unterstrichen:



Es wäre ein gutes und wichtiges Zeichen, wenn auch in diesem Jahr Bürgerinnen und Bürger verhindern, dass Neonazis aus ganz Europa ungestört durch Dresden marschieren können“, sagte Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow.

Anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar hatte er die Bedeutung des gemein-

„Die Millionen Opfer des deutschen Nazismus müssen uns Mahnung bleiben. Wir sind verpflichtet, das Gedenken wach zu halten. Einen Schlussstrich unter die einmaligen NS-Verbrechen oder eine Umdeutung der Geschichte darf es niemals geben. Auschwitz steht für das verbrecherischste System, das Menschen schufen.“

Trägerkreis des Kita-Volksbegehrens setzt seine Arbeit fort

Nachdem jetzt der Trägerkreis des Thüringer Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik beschlossen hat, seine Arbeit fortzusetzen, erklärte MdL Margit Jung: „Nicht zuletzt der Streit um die Finanzierung des Kita-Gesetzes sowie die teils erheblichen Gebührenerhöhungen in den Kindertagesstätten haben gezeigt, dass eine kritische außerparlamentarische Begleitung unverzichtbar ist, damit die Ziele des Volksbegehrens und seiner Unterstützer auch erreicht



werden.“ Die Familienpolitikerin betonte, dass DIE LIN-

KE „auch zukünftig die Arbeit des Trägerkreises unterstützen und wie bisher als ‚parlamentarischer Arm‘ des Trägerkreises aktiv sein wird“. Weitere brisante Diskussionen seien im Zuge der Umsetzung der neuen Regelungen des Kita-Gesetzes zu erwarten, so z.B. hinsichtlich der Personalschlüssel bzw. der Personalausstattung und der Umsetzung des Bildungsplanes. Schließlich seien Kindertagesstätten ebenso wie Schulen auch Bildungseinrichtungen.

Medienlandschaft: Landesregierung sieht keinen Handlungsbedarf

Auf großes journalistisches Interesse war die Pressekonferenz der Linksfraktion zur Medienpolitik in Thüringen gestoßen. Der medienpolitische Sprecher, André Blechschmidt, hatte mit Verweis auf die Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur Situation der lokalen Medienlandschaft in Thüringen kritisiert, dass die Landesregierung hier offenbar weder Informations- noch Handlungsbedarf sehe. Für die Hälfte der fast

60 Fragen wurden die Antworten komplett verweigert, viele



weitere wurden völlig unzureichend beantwortet. „Dabei vollziehen sich dramatische Entwicklungen insbesondere in der

Presselandschaft“, sehe er angesichts des sich seit 1990 vollziehenden Zeitungs- und Auflagenrückgangs die Pressevielfalt in Gefahr. Als Konsequenz kündigte der LINKE Medienpolitiker an, dass die Anfrage im Landtag behandelt wird. Die Forderung lautet: Die Landesregierung soll fortan alle zwei Jahre einen umfassenden Bericht zur Situation und Entwicklung der Medienlandschaft in Thüringen vorlegen.



Finanzminister besuchte SPD-Fraktion

Die Entwicklung der Finanzen im Freistaat ist eine der ganz großen Herausforderungen für die Thüringer Landesregierung. Kaum eine Plenarsitzung vergeht, ohne dass das Thema aufs Tableau gehoben wird. Im Januar-Plenum ging es unter anderem um den Steuersatz bei der Grunderwerbssteuer, ein wichtiges Thema auch für die Bürger des Freistaats. Erst vor kurzem, Anfang Januar, hatte Thüringens neuer Finanzminister Dr. Wolfgang Voss (im Bild links, mit Fraktionsvorsitzendem Uwe Höhn und dem haushaltspolitischen Sprecher Dr. Werner Pidde) die SPD-Fraktion über die Grundzüge seiner Finanzpolitik in den kommenden Jahren informiert. Thüringen muss bis 2020 mit erheblichen Mindereinnahmen rechnen. Voss kündigte in der Fraktion an, intensive und faire Gespräche mit allen Ministern und den Fraktionen über Einsparmöglichkeiten führen zu wollen.

Koalition will Verbraucher in Thüringen besser schützen

Nach dem jüngsten Dioxin-skandal hat das Thema Verbraucherschutz eine ganz neue Brisanz bekommen. Gemeinsam will die Koalition für einen besseren Verbraucherschutz in Thüringen sorgen.

„Verbraucherpolitik in Thüringen stärken“, mit diesem gemeinsamen Antrag wartete die Koalition im Plenum im Januar auf. Seit Anfang Januar war der Dioxin-Skandal das Thema in den Medien. Sowohl Thüringens Verbraucherschutzministerin Taubert (SPD) als auch Eleonore Mühlbauer, die Sprecherin für Verbraucherschutz der SPD-Fraktion, warben angesichts des Ausmaßes des Skandals für intensivere Kontrollen von Tierfutter. Eleonore Mühlbauer forder-

te zudem schon früh, kurz nach Bekanntwerden der Vorfälle Anfang Januar, harte Strafen für Futtermittelpanscher. Und: Thüringens Bauern dürften nicht für die kriminellen Machenschaften anderer verantwortlich gemacht werden. Die SPD-Politikerin: „Jeder Bauer muss auf die Reinheit der Futtermittel vertrauen können.“

Vor diesem Hintergrund bekam der Verbraucherschutz-Antrag der Koalition, der sich um die Reinheit von Lebensmitteln dreht, eine überraschende Aktualität. Dieser zielt darauf ab, dass die Verbraucher beim Kauf von Lebensmitteln ein Recht auf umfassende Information haben müssen. Mühlbauer sprach sich in diesem Zusammenhang

für ein gemeinsames Vorgehen aller agrarpolitischen Sprecher der SPD auf Bundes- und Landesebene aus: „Der einzelne Verbraucher muss die Möglichkeit haben, sich jederzeit und lückenlos über die Herkunft und die Qualität seiner Lebensmittel und auch über die Hersteller zu informieren.“ Sinnvoll sei beispielsweise die Einrichtung einer Datenbank, in der die Ergebnisse der Lebensmitteluntersuchungen verpflichtend veröffentlicht werden sollen. Aber auch eine Verbesserung der Rückverfolgbarkeit der Futtefette und die strikte Trennung der Produktion von technischen Fetten und Fetten für Futtermittel müsse in Angriff genommen werden.

„Ein Meilenstein für Thüringen“ - Sozialministerin hielt Regierungserklärung zum Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Als „Meilenstein für Thüringen“ hat SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit bezeichnet, das von Sozialministerin Heike Taubert (SPD) im Januar-Plenum dem Thüringer Landtag in einer Regierungserklärung vorgestellt wurde. Mit diesem Programm besteht nun die Möglichkeit, dem Rechtsextremismus auch fiskalisch untersetzt und auf breiter zivilgesellschaftlicher Ebene wirksam entgegenzutreten. „Dass das nötig ist, beweisen nicht zuletzt die leider immer wieder vorkommenden Übergriffe Rechtsext-

remer, die nicht selten schwerste Verletzungen oder gar den Tod der Opfer zur Folge haben“, sagte der SPD-Abgeordnete Peter Metz in seiner Rede zur Regierungserklärung. Das Programm nimmt aber auch die Mitte der Gesellschaft in den Blick, in der rechts-extremes Gedankengut auch immer mehr vertreten ist. So sollen etwa Lehrer fortgebildet und lokale Aktionspläne in jedem Landkreis erarbeitet werden. Denn zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gehöre „eine starke, entschlossene und empörte Zivilgesellschaft“, betonte Metz. Eine Besonderheit des Landespro-

gramms ist seine Entstehungsgeschichte. Die Landesregierung wurde durch einen gemeinsamen Beschluss aller Fraktionen mit der Erarbeitung beauftragt. Der Regierung und besonders der SPD-Fraktion lag jedoch daran, die Erarbeitung des Landesprogramms nicht bloß als ministerielle Aufgabe zu betrachten, sondern alle an der Erarbeitung Interessierten mit einzubeziehen. Deshalb wurden von Beginn an Vertreter von über 50 Institutionen, wie der Kirche oder der Gewerkschaften, am Erarbeitungsprozess beteiligt. Das Programm fußt somit auf einem breiten Konsens.

Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Thüringen verboten

Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist in Thüringen nicht erlaubt. Bereits im Mai vergangenen Jahres wurde ein gemeinsamer Antrag der SPD/CDU-Koalition vom Thüringer Landtag verabschiedet, der das verhindert. Damit wurde ein deutliches Zeichen für den Verbraucherschutz und gegen die Nutzung unsicherer Technologien gesetzt. Die verbraucher-schutzpolitischen Sprecher der Koalition, Mühlbauer und Primas, hatten damals erklärt: „Wir sehen uns in der Pflicht, mit Blick auf die Gesundheit und Unversehrtheit von Menschen, Tieren und Pflanzen in Thüringen, die höchsten Schutzstandards und -kategorien anzulegen. Solange es keine abschließende Klärung darüber gibt, welche Risiken mit dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen verbunden sind, sprechen wir uns für einen Verzicht auf diese Art des Landbaus aus.“



Gemeinsam plakatieren gegen Rechts: Parteiübergreifend ein Zeichen gegen Rechts setzen – das war das Ziel einer Plakataktion am 18. Januar, an der auch mehrere SPD-Politiker teilnahmen. Für die Aktion „Dresden Nazifrei“ setzten sich unter anderem ein (von links nach rechts): Grünen-Abgeordnete Astrid Rothe-Beinlich, SPD-Landesgeschäftsführer René Lindenberg, SPD-Abgeordneter Frank Weber, Jusso-Landesvorsitzende Diana Lehmann, Wirtschaftsminister Matthias Machnig.

**Mittelstand gestärkt und
Arbeitsplätze gesichert**
**Landtag beschließt FDP-Antrag
über Liquiditätshilfen
für den Mittelstand**

„Die Liquiditätshilfen für den Thüringer Mittelstand kommen.“ Thomas L. Kemmerich, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, freut sich über den einstimmig gefassten Beschluss des Thüringer Landtags, eine Regelung für unschuldig in Insolvenz geratene kleine und mittlere Unternehmen zu schaffen. Bis Ende Mai soll die Landesregierung eine Regelung vorlegen, welche kleinen und mittleren Unternehmen bei drohender Insolvenz die Weiterführung ihres Betriebes erlaubt. „Die geringe Eigenkapitaldecke der Thüringer Unternehmen ermöglicht es ihnen oftmals nicht, ausstehende Zahlungen vor Gericht zu erstreiten und ihren Betrieb trotz der Zahlungsausfälle weiterzuführen. Diese Lücke schließen wir jetzt“, so der liberale Wirtschaftsexperte. Die Maßnahme sei keine Gewährung von Sonderhilfen oder von wettbewerbsverzerrenden Subventionen – nur Betrieben werde ein Darlehen gewährt, die sauber gewirtschaftet hätten und auch in Zukunft fortgeführt werden könnten und sollten. „Solch eine Regelung ist ordnungspolitisch ein Drahtseilakt, aber 90 % der Unternehmen in Thüringen haben weniger als zehn Angestellte, und diese Unternehmen können es sich nicht leisten, einen Prozess bis zum Ende zu führen, da sie vorher insolvent sind“, so Kemmerich weiter. Dabei sei die gute Lösung gefunden worden, dass man die Darlehen auf sechs Monate begrenzt und an Erfolgsbedingungen knüpft. „Es ist ein gutes Ergebnis für den Thüringer Mittelstand, der ohne größeren Aufwand vor allem den kleineren Unternehmen hilft, Arbeitsplätze zu erhalten“, erklärt Kemmerich abschließend.

FDP setzte Besuchsreihe bei Bundeswehr fort
**Barth: „Lippenbekenntnisse der Landesregierung zur Standort-
sicherung“**

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Uwe Barth und der wirtschaftspolitische Sprecher Thomas L. Kemmerich besuchten am 24. Januar die Hennekaserne in Erfurt. Bei Kommandeur Oberstleutnant Uwe Zinsmeister informierten sie sich umfassend über den Standort und die Investitionen in den vergangenen Jahren. „Die Bundeswehr ist in Thüringen gut aufgestellt“, fasste der Fraktionsvorsitzende anschließend zusammen. Davon habe er sich schon in der Vergangenheit bei insgesamt elf Standortbesuchen im Freistaat ein Bild machen können. Nun gelte es, die

Standorte in Thüringen in der Strukturdebatte zu unterstützen. Die Liberalen, so Barth weiter, hätten daher bereits im vergangenen Jahr die Regie-

zu tun gedenke, aber „ein echtes Konzept konnte die Landesregierung bislang nicht vorlegen.“ „Auch die Ankündigungen beim Truppenbesuch von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht in Gera, sich für die Sicherung der Bundeswehrstandorte in Thüringen einzusetzen, werden wohl nur Lippenbekenntnisse bleiben“, befürchtet der Fraktionsvorsitzende nach der Debatte im Januar-Plenum. Wenn Einigkeit über das Ziel bestehe, müsse man auch gemeinsam alles für ein gutes Standortmarketing tun, warb er um Unterstützung für den FDP-Antrag. Die Attraktivität der Standorte könne die Regierung sehr wohl positiv beeinflussen und nach außen darstellen.



Fraktionschef Uwe Barth mit Kommandeur Oberstleutnant Uwe Zinsmeister

Solarförderung kürzen – Strompreise senken
FDP fordert Wirtschaftsminister Machnig zum Einlenken auf

Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag hat Wirtschaftsminister Matthias Machnig zum Einlenken bei der Solarförderung aufgefordert. „Die Bundesregierung ist dem Appell der Energiewissenschaftler vom Dezember 2010 gefolgt; die Landesregierung sollte dies auch tun“, forderte der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth in einer aktuellen Stunde auf Antrag der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag. „Das 1000-Dächer-Programm ist eine durch Steuergelder und

Energiepreise bezahlte Kapitalanlage“, kritisierte der liberale Abgeordnete. Nach der Einigung zwischen Umweltminister Röttgen und den Vertretern der Solarbranche, die geplante Kürzung der Solarförderung vorzuziehen, sei offenkundig, dass es keine Notwendigkeit für die Fortführung der teuren Doppelförderung durch das Land gebe, sagte Barth. Nach dem EEG erhalten die Betreiber bis zu 20 Jahre lang eine festgelegte Vergütung für den von ih-

nen erzeugten Strom. Die Netzbetreiber werden verpflichtet, diesen Strom vorrangig abzunehmen. Das kostete die Verbraucher allein im vergangenen Jahr 13 Milliarden Euro. „Wirtschaftsminister Machnig will den Ausbau der Solarenergie dennoch weiter mit Steuermitteln fördern“, kritisierte der wirtschaftspolitische Sprecher Thomas L. Kemmerich den jüngsten Vorschlag zur Errichtung von Solarparks auf Depo-

FDP-Fraktion besucht Grüne Woche in Berlin
Hitzing: „Lebensmittelsicherheit in Thüringen auf hohem Niveau“

Gerade angesichts der aktuellen Diskussion um das Thema Lebensmittelsicherheit und die Auswirkungen auf die Nahrungsmittelhersteller ist es den Liberalen wichtig, den Thüringer Unternehmen den Rücken zu stärken. Wie bereits im vergangenen Jahr besuchte der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth gemeinsam mit dem verbraucher-schutzpolitischen Sprecher Marian Koppe und weiteren Vertretern der FDP-Fraktion die Präsen-

tion auf der Grünen Woche in Berlin. Zum Besuchsprogramm der Liberalen gehörte auch der

mittelkunde“. „Die Lebensmittelsicherheit steht in Thüringen auf hohem Niveau“, ist die landwirtschaftspolitische Sprecherin Francka Hitzing überzeugt. „Der Endverbraucher erwartet zu Recht qualitativ hochwertige Produkte, wie sie unsere einheimischen Hersteller liefern.“ In der öffentlichen Diskussion müsse es darum gehen, die Landwirte von dem Generalverdacht zu befreien, betonte Hitzing. Sie seien die Leidtragenden und selbst als Konsumenten von den Panschereien eines Futtermittelherstellers betroffen.



Uwe Barth, MdL und Marian Koppe, MdL mit dem Geschäftsführer der Fahner Landbrennerei Döllstädt Chris Brückner

Messestand des „Bundes für Lebensmittelrecht und Lebens-

Editorial



Endlich, als letztes Bundesland hat Thüringen nun ein Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Trotz dieses Beschlusses se-

hen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aber weiterhin Handlungsbedarf. Die Qualität des Programmes wird unseren Freistaat im Bundesvergleich keineswegs in die vorderen Ränge katapultieren. Nach dem Bekenntnis des Landtages vom September 2009, „entschlossen gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorzugehen“, hat es fast anderthalb Jahre gedauert, bis es endlich vorlag. Vor allem sind im Prozess wichtige AkteurInnen abgesprungen, weil sie nicht ernsthaft einbezogen wurden. Dabei geht es

uns vordergründig darum, das zivilgesellschaftliche AkteureInnen ermutigt und nicht entmutigt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN meinen, in den Bemühungen um ein starkes, weltoffenes und tolerantes Thüringen darf nicht nachgelassen werden. Beispielsweise muss die demokratische Bildung in Schulen und Vereinen gestärkt werden. Zudem sind niedrigschwellige Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte, die Einrichtung nachhaltiger Koordinationsstellen und eine Evaluierung der zehn lokalen Aktionsprogramme (LAPS)



**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Thüringer Landtag**
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72666
Fax: 0361 37 72665
www.gruene-fraktion.thueringen.de

nötig. Aus unserer Sicht ist das Landesprogramm noch kein Handlungskonzept. Das muss es erst noch werden.

**Anja Siegesmund,
Fraktionsvorsitzende**

Thüringen braucht kein Sitzenbleiben

Astrid Rothe-Beinlich: Gute individuelle Förderung erspart das Sitzenbleiben

„Zwar erwägt Thüringen einen freiwilligen Verzicht auf die Notenvergabe an den Schulen, aber das freiwillige Verzicht auf das Sitzenbleiben soll den Thüringer Schulen nicht ermöglicht werden. Das ist alles andere als konsequent und die Abschaffung des Sitzenbleibens wäre ein guter Beitrag für ein chancengerechtes und leistungsstarkes Schulsystem. Andere Bundesländer wie Hamburg und Berlin haben es vorge-macht“, so Astrid Rothe-Beinlich, bildungspolitische Sprecherin der bündnisgrünen Landtagsfraktion in Thüringen.

„Zwar wurde in der parlamentarischen Beratung eine ernsthafte Debatte zugesagt, diese fand jedoch keineswegs statt. Im Zuge der Novellierung des Thüringer Schulgesetzes wurde das Thema ausgeklammert und anschließend mit dem Hinweis auf das neue Schulgesetz abgelehnt, denn dieses eröffne bereits die Möglichkeit für einzelne Klassenstufen, Schulformen, oder Schularten auf eine Verset-

zung oder die Versetzungswirk-samkeit einzelner Fächer zu verzichten. Die Rechtsverordnung liegt dazu jedoch noch nicht vor und welches Konzept in den einzelnen Schulen umgesetzt werden kann, ist bisher auch noch nicht bekannt“, so Rothe-Beinlich weiter.

„Derzeit werden sowohl die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf individuelle Förderung, der sich im novellierten Schulgesetz findet, als auch die Schulordnung beraten, über die im Bildungsausschuss allerdings lediglich noch ein Benehmen hergestellt werden soll. Wir hätten uns gewünscht, dass dies genutzt wird, um über Alternativen zu Klassenwiederholungen ins Gespräch zu kommen – ebenso auch über Fragen der Bewertung von Leistungen. Schließlich sollte es doch unser gemeinsames Ziel sein, jedes Kind zu einem Schulabschluss zu führen, unabhängig davon, welche Voraussetzungen es mitbringt. Doch letztlich musste das anfängliche Interesse wie-

der einmal mehr der Koalitionsdisziplin weichen. Wir werden das Thema natürlich wieder auf die Tagesordnung setzen und uns für gut durchdachte Kon-

zepte für individuelle Förderung einsetzen. Denn wir sind überzeugt, gute individuelle Förderung erspart das Sitzenbleiben“, schließt Rothe-Beinlich.



Am 18. Januar beteiligten sich Anja Siegesmund, Dirk Adams und Astrid Rothe-Beinlich (von links) in Erfurt an der Plakataktion zu „Dresden nazifrei“. Am 19. Februar wollen tausende Menschen gegen einen Aufmarsch Rechtsextremer in der sächsischen Landeshauptstadt protestieren.



Frank Augsten (B'90/Die Grünen)

FAKT IST...! Agrarpolitischer Sprecher Thüringen

Dr. Frank Augsten war am 17. Januar zu Gast bei „Fakt ist...“ im MDR Fernsehen. Es ging um das Thema „Dioxin im Essen - Panikmache oder Lebensgefahr?“ Frank Augsten machte dabei deutlich, dass uns billige Lebensmittel noch teuer zu stehen kommen werden.

Thüringen in Takt bringen

Ein harter Winter, viele Schlaglöcher – schon erschallt der Ruf nach Sofortprogrammen. Mal soll das Land die Geldbörse öffnen, mal der Bund. „Wir brauchen aber keine Flickschusterei, sondern eine realistische, energieeffiziente und vorausschauende Verkehrspolitik“, sagt Jennifer Schubert, verkehrspolitische Sprecherin der bündnisgrünen Fraktion. Es muss Schluss sein mit den Wunschlisten der Bundesländer, die zu unsinnigen und teuren Straßenbauprojekten führen – zu Projekten, die aufgrund falscher Prognosen geplant und gebaut werden. Der demografische Wandel, der rasante Flä-

chenverbrauch durch die vor allem für das Auto gebaute Infrastruktur und der Ölverbrauch zwingen zur Verkehrswende. Wir wollen in Thüringen den Thüringentakt einführen: Züge im Stundentakt auf allen wichtigen Strecken, gute Anschlüsse an den Knotenbahnhöfen und eine Erschließung der Fläche mit Anrufsammeltaxis oder Bürgerbussen sind wesentliche Bestandteile. Fuß- und Radverkehr müssen einen viel größeren Anteil an den alltäglichen Wegen erhalten. Nicht durch die Behandlung von Symptomen, sondern nur durch eine konsequent neu organisierte Mobilität kommt Thüringen in Takt.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragte@
landtag.thueringen.de

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz
www.thueringen.de/datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.
thueringen.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Thüringer Landtag
Presse-/Öffentlichkeitsarbeit
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Redaktion:
Dr. Rainer Kipper

Satz und Layout:
Ines Born

Druck:
Thüringer Druckhaus
Gast & Frisch GmbH,
Eisenach

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die
Fraktionen und Beauftragten verant-
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.
Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch über
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004

pressestelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Die Bürgerbeauftragte

10 Jahre Thüringer Bürgerbeauftragter

Am 25.01.2011 fand im Thüringer Landtag eine Festveranstaltung aus Anlass des 10-jährigen Bestehens des Thüringer Bürgerbeauftragten statt.

Genau auf den Tag vor 10 Jahren trat der erste Bürgerbeauftragte, Dr. Karsten Wilsdorf, sein Amt an. Grußworte im Rahmen der Veranstaltung überbrachten Landtagspräsidentin Birgit Diezel, der Staatssekretär der Staatskanzlei, Peter Zimmermann, und der Vorsitzende des Petitionsausschusses, MdL Fritz Schröter, sowie der amtierende Vor-

sitzende der Arbeitsgemeinschaft der parlamentarisch gewählten Bürgerbeauftragten



der Bundesrepublik Deutschland und Bürgerbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz,

Dieter Burgard, sowie Gerhard Grill vom Büro des Europäischen Bürgerbeauftragten.

Den Festvortrag unter dem Motto „Der Bürger im Mittelpunkt des Verwaltungshandelns“ hielt der Thüringer Innenminister Jörg Geibert. Die amtierende Bürgerbeauftragte Silvia Liebaug betonte, dass der Bürgerbeauftragte ein Dienstleistungsangebot des Staates darstellt, welches in Zeiten mit immer mehr und immer komplizierteren rechtlichen Regelungen und Veränderungen zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Der Datenschutzbeauftragte

Datenschutzentwicklungen auf europäischer Ebene

Nicht nur in Thüringen und im Bund besteht Modernisierungsbedarf für das Datenschutzrecht. Mit dem Vertrag von Lissabon haben sich auch die Rahmenbedingungen für den Datenschutz in der Europäischen Union verändert. Artikel 8 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, in dem das Recht jeder Person auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten anerkannt wird, ist nunmehr verbindliches Recht. Gleichzeitig wurde mit Artikel 16 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union eine neue Grundlage für einheitliche datenschutzrechtliche Regelungen geschaffen. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Herausforderungen der Globalisierung und

die Entwicklung der Informationstechnologie will die Europäische Kommission 2011 einen Änderungsvorschlag für die Datenschutzrichtlinie von 1995 vorlegen. In einer gemeinsamen Stellungnahme zu diesen Plänen fordern die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder u. a. einen verbesserten Rechtsschutz im Internet und den Schutz vor Profilbildung. Sie unterstützen die Kommission ausdrücklich darin, die Rechtsstellung und Befugnisse der nationalen Datenschutzbehörden zu stärken und zu präzisieren und den Grundsatz der völligen Unabhängigkeit uneingeschränkt durchzusetzen. Dies ist gerade aus thüringer Sicht von besonderer Bedeutung, da sich derzeit die Landesregierung für ei-

ne Aufweichung dieses Grundsatzes einsetzt. Diese Fragen sowie die Pläne des Europarats zur Novellierung des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten waren auch Gegenstand einer gemeinsamen Veranstaltung der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder anlässlich des 5. Europäischen Datenschutztages am 28. Januar 2011 in Berlin unter dem Titel „Datenschutz in Europa – Quo vadis?“. Es bleibt zu hoffen, dass auch von der europäischen Ebene wichtige Impulse zur Modernisierung des Datenschutzes ausgehen, ohne das hohe deutsche Datenschutzniveau durch europäische Regeln abzusenken.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Roland Jahn zum Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen gewählt

Die Landesbeauftragte begrüßt ausdrücklich die Wahl Roland Jahns zum Bundesbeauftragten. Mit seiner Person wurde nicht nur ein hervorragender Kenner der Lebensverhältnisse der DDR, sondern auch ein mutiger Kämpfer für die Freiheitsrechte ausgewählt. Am 25.02.1977 wurde er wegen seiner Unterschrift unter einer Protesterklärung gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann von seinem Studium an der Friedrich-Schiller-Universität zwangsexmatrikuliert.

Am 12.4.1981 kam in der Stasi-U-Haft in Gera unter bis heute ungeklärten Umständen Matthias Domaschk zu Tode. Am ersten Todestag gab Roland Jahn in der

SED-Zeitung „Volkswacht“ und in der „Thüringer Landeszeitung“ eine Anzeige auf: „Wir gedenken unseres Freundes Matthias Domaschk, der im 24. Jahr aus dem Leben gerissen wurde. Seine Freunde“. Am 1. Mai 1982 begab sich Roland Jahn halb als Stalin, halb als Hitler geschminkt in unmittelbare Nähe zur Tribüne mit der Parteiprominenz. Als in Polen das Kriegsrecht ausgerufen wurde, fuhr er monatelang mit einer Solidarnosc-Fahne am Fahrrad durch Jena. Am 1. September 1982 wurde er vor dem Zeiss-Tor festgenommen und am 17. Januar 1983 u.a. wegen „Herabwürdigung der staatlichen Ordnung“ verurteilt, aber auf Grund westlicher Proteste bereits Ende Febru-

ar vorzeitig aus der Haft entlassen. Roland Jahn war sodann bei der Begründung der Jenaer Friedensbewegung aktiv. Am 8. Juni 1983 wurde er von der Stasi als so gefährlich angesehen, dass man ihn gegen seinen Willen in einen Zug verfrachtete und in den Westen abschob. Auch nach seiner zwangsweisen Ausweisung aus der DDR, die für ihn durch die Trennung von seiner Familie eine erhebliche Belastung war, setzte er sich weiterhin in seinem Beruf als Journalist für eine Wandlung der politischen Zustände in der DDR ein. Die Landesbeauftragte wünscht ihm für sein künftiges Wirken viel Erfolg, viel Glück und Gottes Segen.